

# Vorwort des Redaktors

Autor(en): **Hofstetter, Edwin**

Objektyp: **Preface**

Zeitschrift: **Schweizer Soldat + MFD : unabhängige Monatszeitschrift für  
Armee und Kader mit MFD-Zeitung**

Band (Jahr): **68 (1993)**

Heft 7

PDF erstellt am: **07.07.2024**

## **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

## **Haftungsausschluss**

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*  
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, [www.library.ethz.ch](http://www.library.ethz.ch)

<http://www.e-periodica.ch>

## Gedanken zum doppelten Nein

Für mich war das Tagesprogramm am 6. Juni gemacht. Mit Spannung wartete ich auf den angekündigten ersten Bericht am Fernsehen DRS. Um 14 Uhr sollte es soweit sein. Das etwas Enttäuschung zeigende Gesicht von Anton Schaller sagte mir schon alles. Hatte er bei der «Anti-Armee-lastigen» Beteiligung der DRS-Medien ein anderes Resultat erwartet? Bereits Aufrechnungen von gegen 20 Testgemeinden liessen eine grosse Niederlage der zwei «Armee-Abschaffungsbegehren in Raten» erwarten. Den ganzen Nachmittag verfolgte ich die Sendungen über die Enttäuschung auf dem GSoA-Schiff und die langsam anschwellende Freude im Fliegerhangar von Dübendorf. Überrascht wurde alles durch die Aussagen unseres Bundesrates Kaspar Villiger. Staatsmännisch sachlich, aber auch sichtlich erleichtert und erfreut nahm er als Armeeminister Stellung zum Abstimmungsresultat. Das Nein zur Kampfflugzeug- und Waffenplatz-Initiative sei ein Nein zu einer Politik der Spekulation und des kurzfristigen Opportunismus und ein Ja zu einer Politik der Verantwortung, sagte Villiger.

Ich meine, diese Abstimmung hätte für unser Land schicksalbestimmend entscheidende Grundmauern einbrechen lassen können. Im Grunde genommen ist der im Artikel 2 unserer Verfassung enthaltene Grundsatz in Frage gestellt worden, der Bund habe die Unabhängigkeit des Vaterlandes gegen aussen und die Freiheit und Rechte der Eidgenossen zu schützen. Zur Erfüllung dieses Bundeszweckes ist es unabdingbar, auch eine glaubwürdig ausgerüstete und ausgebildete Armee zu haben.

Auch nach der Abstimmung muss ich immer wieder über den Unsinn der beiden Volksbegehren nachdenken. Auch darüber, dass der Bürger bei seiner Entscheidungsfindung bei gewissen Sachfragen überfordert wird. Obwohl das Volk vor sechs Jahren ein Rüstungsreferendum abgelehnt hatte, brachte es die GSoA fertig, um alle Ecken herum verkappt ein solches bei der Kampfflugzeugbeschaffung zu erzwingen. Noch schlimmer sind die Mogeleyen beim Abstimmungstext des **Waffenplatzbegehrens**. Wem käme z B in den Sinn, die Zahl der erlaubten Schulhäuser samt Turnhallen oder ein Moratorium für die Beschaffung von modernsten Schnellzugslokomotiven in einer Staatsverfassung festzulegen? Ich halte es für dringend notwendig, die für unsere Demokratie gefährlichen Lücken bei den Entscheidungs-

abläufen zu schliessen. Dazu gehören die Frage um das Referendums- und Initiativrecht, die Rückwirkungsklausel, die Eingabetermine, eine zeitliche Beschränkungsklausel für Wiederholungen und die Erhöhung der Zahl von notwendigen Unterschriften. Unsere einzigartige direkte Demokratie soll erhalten und funktionstüchtig bleiben, aber nicht zum Preis des ständigen Missbrauches durch extreme und opportunistische Randgruppen.

Ich erhielt aufgrund vieler Medienkommentare nach der Abstimmung den Eindruck, dass man weit verbreitet die Gruppe Schweiz ohne Armee (GSoA) endlich als unglaublich und nicht vertrauenswürdig in die politische Extremecke verdrängt sieht. Hoffentlich bleibt und verkümmert sie dort. Einmal mehr sind die mit der GSoA geistig verwandten Tenöre der sozialdemokratischen Partei bei der Abstimmung klar desavouiert worden. Der Linken ist zu empfehlen, endlich über die Bücher zu gehen. Entweder sie steht zu einer souveränen, solidarischen und neutralen Schweiz, die in der Staatenwelt eine nützliche Rolle spielt, oder sie soll die Konsequenzen ziehen.

Die SPS wird aber kaum aus ihrem Fiasko vom 6. Juni 1993 lernen wollen. Darum müssen wir uns schon wieder für den Abstimmungskampf rüsten. Es geht um die beiden eingereichten Initiativen für noch weniger Geld für die Armee und ein Verbot der Ausfuhr von Kriegsmaterial. Unsere Miliz wird wiederum in die Hosen steigen. Sie weiss nun, wie stark sie vereint sein kann. Der Aufmarsch der 35 000 Schützen und Angehörigen aller militärischen und staatsbürgerlichen Verbände am 22. Mai auf dem Bundesplatz in Bern hat es manifest gemacht. Das öffentliche Bekennen in Form von Standaktionen, Orientierungen, Diskussionen sowie die erfolgreichen Aktionen mit Plakaten und Inseraten gaben Selbstvertrauen und Sicherheit. Ich erlebte es selber, dass die Mittel äusserst knapp waren. Man darf ruhig auch betonen, dass das Geld der letzten Stunde für die besseren Argumente ausgegeben wurde.

**Das doppelte Nein zu den Versuchen, die schweizerische Souveränität zu unterhöhlen und die Armee zu schwächen, bedeutet mehr als nur ein Ja zur Armee. Es bedeutet auch ein Ja zum schweizerischen Rechtsstaat, zu ordentlichen Verhältnissen und zum Respekt vor Volksentscheiden.**

Edwin Hofstetter